Nr. 471 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 229

Bezugspreis:
Für den Monat Oktober 280.— M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 345.— M., für das übrige Ausland 515.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Abend-Ausgabe

4 Mark

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 50.— M. Reklamezeile 200.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 12.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 7.— M., jedes weitere Wort 5.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 15.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295 und 2506—2507

Donnerstag, den 5. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Hauptexpedition u. Inseraten-Abteilung: Dönhoff 2506—2507

Barthou – Dubois' Nachfolger.

Nach übereinstimmenden Meldungen fast aller Nachrichtenbureaus hat sich Justizminister Barthou, der bekanntlich auch die französische Abordnung in Genua geführt hat, bereit erklärt, an Stelle Dubois' die Vertretung Frankreichs in der Reparationskommission und ihren Vorsitz zu übernehmen. Diese Ernennung hat natürlich Aenderungen im französischen Kabinett zur Folge, worüber jedoch noch nichts feststeht. Es wird darauf hingewiesen, daß der Justizminister der Hauptvertreter des Kabinetts im Senat ist, und daß der als sein Nachfolger genannte Coirat für diese Rolle noch zu jung wäre, zumal er bisher noch niemals Minister, sondern immer nur Unterstaatssekretär gewesen sei. Unentschieden ist auch die Neubesetzung der diplomatischen Posten. Die meisten Aussichten für Berlin hat der Senator Dimonzie; wenn dieser ablehnen sollte, würde der Direktor der administrativen Angelegenheiten auf dem Quai d'Orsay, Maurice Herbette, in Frage kommen. Botschafter Jusserand ist Washingtons müde; Jonnart gab den Vatikan endgültig auf. Es ist auch möglich, daß Barrère sich aus Rom zurückzieht. Auch von einer Veränderung auf dem rumänischen und belgischen Posten wird gesprochen. Die Möglichkeit besteht auch, daß der Direktor für politische Angelegenheiten auf dem Quai d'Orsay, Peretti della Rocca, irgend eine Botschaft, möglicherweise die amerikanische, bekäme, obwohl Poincaré sich von seinem Mitarbeiter nur höchst ungern trennen soll.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris" soll auch der zweite französische Delegierte in der Reparationskommission, Mauclère, zu demissionieren beabsichtigen.

Elsaß-Lothringens Gesetzumbau.

Paris, 5. Oktober. (WTB.) In seiner Eröffnungsrede im Exekutivausschuß von Elsaß-Lothringen in Straßburg erklärte Justizminister Barthou nach einem Rückblick auf die deutsche Verwaltung, von der er sagte, daß sie ohne die Elsaß-Lothringer organisiert worden sei, u. a., beim Uebergang Elsaß-Lothringens an Frankreich habe es sich um nichts weniger gehandelt als darum, auf dem Gebiete des öffentlichen und des privaten Rechts an die Stelle der so undurchdringlich dichten deutschen Gesetzgebung die gewiß auch üppige, aber weniger gebieterische, weniger streng systematisierte, mit einem Wort liberalere französische Gesetzgebung zu setzen. Bei Zusammenfassung der bis jetzt vom Beratenden Ausschuß durchgeführten Arbeiten stellte Barthou fest, daß der Ausschuß, abgesehen von seinen Bemühungen um die Einführung des Code Civil, des französischen Handelsgesetzbuches und des französischen Zivilprozeßverfahrens, drei Budgets erledigt und 95 Gesetz- und Verordnungsentwürfe begutachtet habe. Das Generalkommissariat seinerseits habe 249 Verordnungen und 172 Gesetzentwürfe ausgearbeitet, von denen 114 noch der Zustimmung des Parlaments entgegensähen. Wenn diese erfolgt sei, werde man sagen können, daß die gesetzgeberische Angliederung Elsaß-Lothringens auf dem Gebiete des öffentlichen und des privaten Rechtes nahezu verwirklicht sei. — Barthou ging dann zum Schulwesen über. Der Gebrauch der französischen Sprache, so erwünscht und so nützlich er auch sei, erscheine der Regierung nicht als das einzige Mittel, französische Empfindungen zum Ausdruck zu bringen. Eine Vorzugsbehandlung sei noch nicht gleichbedeutend mit einem nebenhergehenden Verbot, und die Erfahrungen, die das siegreiche Deutschland mit seinen Verboten gemacht habe, seien kein Beispiel, das Frankreich nachzuahmen gedenke. Frankreich appelliere an die Freiheit, es übe keinen Zwang aus, es hege Vertrauen. — Die drei wiedererworbenen Departements dürften noch einige Zeit Sondergesetze behalten. Etappenweise, ohne Ueberstürzung, aber auch ohne bewußte Hinauszögerung würden die Ausnahmeeinrichtungen, mit denen die Elsaß-Lothringer bedacht seien, umgeändert oder beseitigt.

Völkerbund und Deutschösterreich.

Die Abmachungen über die Finanzhilfe des Völkerbundes für Deutschösterreich sind in Genf abgeschlossen worden. Bundeskanzler Seipel kündigte in seiner Dankrede an, daß er dem heimischen Parlament volle Rechenschaft geben und daß gewiß auch Kritik nicht ausbleiben werde.

Es sind drei Protokolle in Genf unterschrieben worden, deren wesentlicher Inhalt folgender ist:

Eine Erklärung der englischen, der französischen, der italienischen und der tschechoslowakischen Regierung besagt, daß die vier Mächte die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unantastbarkeit und die Souveränität Oesterreichs achten wollen, keine besonderen wirtschaftlichen oder finanziellen Vorteile aus dieser Unabhängigkeit zu ziehen suchen und sich jeder Handlung enthalten werden, die dem Wiederaufbau Oesterreichs widersprechen und die Garantien, die die Mächte übernehmen, schädigen könnten. Nötigenfalls werden die Mächte zur Wahrung dieser Grundsätze den Völkerbundsrat um die notwendigen Maßnahmen ersuchen. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, laut Art. 88 von St. Germain (Anschlußverbot. Red.) ihre Unabhängigkeit nicht aufzugeben. Sie wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Verpflichtung enthalten, die mittelbar oder unmittelbar diese Unabhängigkeit bloßstellen könnte. Dieser Verpflichtung widerspricht es nicht, daß Oesterreich vorbehaltlich der Bestimmungen von St. Germain seine Freiheit in Zolltariffragen, Handels- und Finanzabkommen und überhaupt im Wirtschaftsregime und seinen Handelsbeziehungen, wahrt, wobei es allerdings seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht dadurch beeinträchtigen darf, daß es irgend einem Staat ein besonderes Regime oder ausschließliche Vorteile, die diese Unabhängigkeit bedrohen, zugesteht. Die österreichische Regierung wird ermächtigt, die notwendige Anzahl von Titeln für eine Summe von

650 Millionen Goldkronen

auszugeben. England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei verpflichten sich, bis zu 84 Proz. zu garantieren. Die österreichische Regierung stellt als Pfänder für die garantierte Anleihe die Bruttoeinnahmen der Zölle und des Tabakmonopols zur Verfügung. Zweck der Anleihe ist die Deckung des Defizits in den nächsten beiden Jahren. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, Maßnahmen zur Herabsetzung des Haushaltsdefizits zu ergreifen, eine Erhöhung der Eisenbahn-, der Post- und Telegraphentarife sowie ein Reformprogramm auszuarbeiten und dem Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen, der für die nächsten beiden Jahre für die österreichische Regierung Vollmacht verlangt, ohne daß spätere Sanktionen durch das Parlament notwendig werden.

Der Kontrollausschuß

setzt sich aus Vertretern der vier Regierungen zusammen. Die Regierungen, die die verbleibenden 20 Proz. garantieren, können ebenfalls Vertreter entsenden. Jeder Vertreter hat eine Stimme für je ein Prozent der Garantie seiner Regierung. Periodische Tagungen, vorzugsweise in Genf, sind vorgesehen. Es ist beabsichtigt, periodische Abrechnungen der Einkünfte zu verlangen. Der Ausschuß macht den Generalkommissar auf die notwendigen Veränderungen in der Verwaltung aufmerksam. Seiner Billigung unterliegen die Tarifänderungen, ebenso Konzessionskontrakte usw. Er verkehrt nur mit dem Generalkommissar.

Der Generalkommissar des Völkerbundes

hat seinen Sitz in Wien und wird vom Völkerbundrat ernannt. Er kann notwendiges technisches Personal berufen; die Kosten für ihn und seine Beamten trägt Oesterreich! Die Tätigkeit nimmt erst ein Ende, wenn der Völkerbundrat die finanzielle Stabilität Oesterreichs für wiederhergestellt erachtet. Die österreichische Regierung kann über das Ergebnis der Anleihen nicht ohne Einwilligung des Kommissars verfügen, auch keine Operationen zur Diskontierung der Anleihen vornehmen, ebensowenig eine Anleihe beschließen, ohne die Einwilligung des Kommissars, wie sie auch auf das

Recht zur Emission von Banknoten verzichtet.

Eine provisorische Delegation des Völkerbundes wird sich nach Wien begeben, um mit der österreichischen Regierung ein erstes Programm auszuarbeiten. Die politische Erklärung der österreichischen Regierung im Protokoll muß in nächster Zeit vom Parlament ratifiziert werden.

Als Grundlage für die Aufstellung der drei Protokolle diente ein Bericht des Finanzkomitees des Völkerbundes.

Die Tragödie Deutsch-Südtirols.

Innsbruck, 5. Oktober. (WTB.) Die „Neueste Zeitung" berichtet, daß das Direktorium der Fascistenpartei am Sonntag von Bozen aus telegraphisch vom Ministerpräsidenten Facta verlangt habe, daß die Regierung die italienischen Hoheitsrechte dieser Gebiete schützen solle. Unbedingt notwendig und unaufschiebbar sei die Entfernung der leitenden Personen und deren Ersatz durch Männer, die die Gewähr bieten, italienische Hoheitsrechte zur Verwirklichung zu bringen. Es wird an die Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie beabsichtige, von heute ab die uneingeschränkte Achtung der italienischen Gesetze zu fördern, indem sie den Gebrauch der italienischen Sprache (im deutschsprechenden Gebiet! Red.) im Verkehr mit den öffentlichen Behörden zur Pflicht macht.

Innsbruck, 5. Oktober. (WTB.) Laut „Innsbrucker Nachrichten" war es bei der Besetzung des Rathauses durch die Fascisten zu Zusammenstößen mit Carabinieri und Finanzwachen gekommen, wobei es auf beiden Seiten Verwundete gegeben hat. Die Fascisten verlangten von der Regierung die Einsetzung eines Regierungskommissars und die Auflösung der Bozener Gemeindevertretung. Die Regierung hat mit Dekret vom 28. September die Auflösung der städtischen Polizei in Bozen und Rovereto verfügt.

Die italienische Parteispaltung.

Rom, 5. Oktober. (WTB.) Der Kongreß der Maximalisten beschloß, der Moskauer Internationale bedingungslos sich anzuschließen und alle Parteiblätter, außer dem „Avanti", zu unterdrücken. Der Kongreß beschloß ferner, daß die Maximalisten als Mitglieder von Provinzial- und Gemeindeverwaltungen zurücktreten sollten und ernannte die Mitglieder der Parteileitung, darunter Serrati. Der Kongreß der Anhänger einer Mitarbeit mit den anderen Parteien wählte als Parteizeitung das Blatt „Giustizia" (Gerechtigkeit) in Mailand. Er ernannte Treves zum Direktor und beschloß, daß alle Angehörigen der Partei als Verwaltungsbeamte in Provinzen und Gemeinden ihren Dienst nicht aufgeben sollten. Infolge der Spaltung erteilte dieser Kongreß der Parteileitung den Auftrag, sich mit der Wiener Internationale zur Bildung einer wahren sozialistischen Internationale und mit den sozialistischen Gruppen der verschiedenen Länder zur Erzielung von Uebereinkommen über politische und wirtschaftliche Fragen in Verbindung zu setzen.

Mac Kennas Vorstoß.

Infolge der Zuspitzung der Verhältnisse in Kleinasien war seit etwa drei Wochen das Reparationsproblem, nachdem es fast zwei Jahre lang das gesamte internationale politische Leben beherrscht hatte, plötzlich in den Hintergrund gerückt. Inzwischen scheint sich die Orientkrise einer friedlichen Lösung zu nähern, so daß die Welt wieder Gelegenheit erhält, ihr Augenmerk auf die Reparationsfrage zu richten, was um so nötiger erscheint, als in den letzten Tagen eine neue Mark-Katastrophe alle Hoffnungen, die man an die Gewährung des kurzfristigen Moratorium-Ersatzes durch die Reparationskommission geknüpft hatte, über den Haufen geworfen wurden.

Das Forum, vor dem der frühere britische Schatzkanzler und jetzige Finanzmagnat Mac Kenna gestern in New York gesprochen hat, ist vielleicht das einflußreichste, das in der heutigen kapitalistischen Welt überhaupt besteht: Zehntausend amerikanische Bankiers, die ihren Kongreß abhalten, bedeuten in dieser kapitalistisch orientierten Nachkriegszeit einen ungleich stärkeren Machtfaktor, als hunderttausend zusammentreffende amerikanische Arbeiterdelegierte. Das mag bedauerlich erscheinen, aber es hätte keinen Zweck, diese Tatsache zu verschweigen. Zugleich aber verfügt dieser Bankier-Kongreß über weit mehr wirtschaftliche Macht als sämtliche Ententestaatsmänner zusammengenommen, und nach den bisherigen politischen Leistungen des Obersten Rates, der Botschafterkonferenz, der Reparationskommission und sogar des Völkerbundes haben wir keinen Anlaß, dies zu bedauern. Das Reparationsproblem ist eben nicht ohne die Mitwirkung des internationalen Finanzkapitals zu lösen, insbesondere der amerikanischen Bankwelt, und da nun einmal die europäischen Staatsmänner politisch verblendet, die europäischen Arbeiter infolge ihrer Spaltungen politisch machtlos sind, muß man es als das verhältnismäßig kleinere Uebel ansehen, wenn nüchtern denkende, vielfach sogar pazifistisch orientierte Bankiers ihren weltwirtschaftlichen Einfluß dazu benutzen, um eine Aenderung der politischen Methoden, die bisher bei der Lösung der Reparationsfrage von den Entente-Staatsmännern angewandt wurden, herbeizuführen.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß Mac Kenna seinen Vorstoß im Einvernehmen mit der englischen Regierung unternommen hat, denn seine Ausführungen liegen durchaus in der Linie der englischen Reparationspolitik in den letzten Monaten. Insbesondere dürften die Ausführungen des früheren Schatzkanzlers am Schlusse seiner Rede über das Weltschuldenproblem und über die Notwendigkeit einer Weltschuldenkonferenz die Ansichten und Absichten der englischen Regierung genau widerspiegeln.

Im allgemeinen decken sich die Erklärungen Mac Kennas mit dem Gutachten des Morgan-Komitees, und schon aus diesem Grunde dürften sie einer beifälligen Aufnahme in der amerikanischen Finanzwelt sicher sein. Doch was ihnen auch für die europäische Politik einen besonderen Wert verleiht, das ist die noch viel freimütigere, prägnantere, rücksichtslosere Beleuchtung der bisherigen Irrwege der interalliierten Reparationspolitik, die Aufdeckung der fundamentalen Fehler, die in Versailles begangen wurden. Es ist sicherlich nicht das erstemal, daß eine so vernichtende Kritik an den Reparationsbedingungen sowohl des Versailler Diktates, wie auch des Londoner Ultimatums geübt worden ist. Aber als die deutsche Friedensdelegation in ihrem Kampfe um bessere Bedingungen alle dieselben Argumente vor dreieinhalb Jahren ausführte, die jetzt in Mac Kennas Rede stehen, da wurde Deutschland beschimpft, bedroht und ausgelacht. Ebenso als das deutsche Sachverständigengremium vor dem Londoner Ultimatum in einer mustergültigen Denkschrift, die auch von deutschen Arbeitervertretern mitunterzeichnet ist, all das haarscharf prophezeite, was inzwischen in Erscheinung getreten ist, da war das Säbelgerassel von Foch die einzige Antwort. Sicherlich hätte der französische Militarismus heute noch allein das Wort, wenn es nicht durch die vielgeschmähte Erfüllungspolitik der Regierung Wirth-Bauer-Rathenau gelungen wäre, die Erkenntnis der wirtschaftlichen Ursachen und Wirkungen so weit zu fördern, daß heute der berufene Sprecher des englischen Finanzkapitals im Einvernehmen mit seiner Regierung vor die Vertreter der amerikanischen Bankwelt treten kann, um eine solche vernichtende Kritik an den bisherigen Methoden der Entente zu üben.

Fast scheint es aber, als ob nicht nur die Politiker und Volkswirtschaftler in den Ententeländern, sondern auch in Deutschland aus der Rede Mac Kennas manches lernen könnten: An dem gleichen Tage, an dem aus englischem Munde in New York der Fleiß und die Tüchtigkeit des deutschen Arbeiters gepriesen wurde, machte im „Berliner Tageblatt" der Abgeordnete Gothein in einem seiner üblichen, auf die Dauer unerträglichen und geradezu provozierenden Artikel den angeblichen mangelnden Arbeitswillen des deutschen Volkes für die wachsende wirtschaftliche Notlage des Landes verantwortlich. Herr Gothein und seinesgleichen werden aus der Rede Mac Kennas entnehmen können, daß die von ihnen geforderte Steigerung der Produktion durch

Verlängerung der Arbeitszeit auf den Widerstand der sowieso unter dem deutschen Dumping leidenden übrigen Welt stoßen würde und daß dieser Widerstand nur durch eine weitere Herabsetzung der Lebenshaltung in Deutschland gebrochen werden könnte. Vielleicht empfiehlt Herr Gothein mit der ihm ureigenen Rechthaberei in seinem nächsten Artikel für das „Berliner Tageblatt" oder für das „Achtuhr-Abendblatt" jene weitere Herabsetzung der deutschen Lebenshaltung. Nachdem er vor nicht allzu langer Zeit den traurigen Mut besaß, von der „Not der Millionäre" zu erzählen, dürfte es ihnen nicht allzu schwer fallen, der deutschen Arbeiterschaft nahezulegen, länger zu arbeiten und außerdem sich noch mehr einzuschränken. Oder wird er etwa den Versuch unternehmen, Mac Kenna zu widerlegen?

Auf Mac Kennas Rede werden hoffentlich auch Taten folgen. Das amerikanische Finanzkapital, das auf die Washingtoner Regierung einen entscheidenden Einfluß besitzt, hat es in der Hand, eine auch für Frankreich wünschenswerte und notwendige Regelung der interalliierten Schuldenfrage herbeizuführen, es wird sich aber dazu nur dann hergeben, wenn ihm jene Garantien einer vollständigen Aenderung der bisherigen Reparationspolitik, die das Morgan-Komitee bereits gefordert hatte, und die ihm französischerseits verweigert wurden, vor dem Zusammentritt der Weltschuldenkonferenz gegeben werden.

Mac Kenna für Schuldenminderung.

New York, 5. Oktober. (WTB.) Mac Kenna sagte in seiner Rede weiter: Wie kann denn diese Zustimmung (der deutschen Besitzer großer Guthaben im Ausland zur Hergabe für Reparationszwecke) erzielt werden? Wenn die Werte verkauft werden könnten für einen sicheren Gewinn, so würden die Inhaber ohne Zweifel bereit sein, sie abzutreten. Man dürfe nicht verkennen, daß diese Werte in beträchtlichem Maße den Ertrag von Verkäufen in Mark darstellen, die von Deutschen auf den ausländischen Markt geworfen wurden unter der wohl begründeten Befürchtung, daß der Druck der Reparationszahlungen diesen Wert rasch vermindern werde. Mac Kenna sagte:

Beseitigt diesen Druck, und die Mark wird sich sofort verbessern!

Er schätze den Gesamtbetrag der Auslandswerte auf nicht weniger als eine Milliarde Dollar. Wie hoch immer dieser Betrag sei, Deutschland könne ihn bezahlen, vorausgesetzt, daß der Sturz der Mark aufgehalten werde. Aber es würde eine Bedingung dieser Zahlung sein, daß für lange Zeit nichts mehr von Deutschland verlangt werde. Die Gläubiger würden gewinnen, wenn sie den Versuch aufgäben, andere Geldzahlungen für einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren zu erhalten, und sicher würde die Welt als Ganzes ungeheuer gewinnen durch eine allgemeine Stabilität der Wechselkurse, der auch das Aufhalten des Sturzes der Mark folgen würde. Mac Kenna sagte, er habe nicht den Wunsch, die gerechten Forderungen der Alliierten gegen Deutschland zu verkleinern, und er erkenne die ernsten politischen Schwierigkeiten an, die ihrer Verminderung entgegenstehen. Eine Lösung des Reparationsproblems sei jedoch nicht möglich, wenn sich politische Erwägungen nicht wirtschaftlichen Tatsachen unterordnen würden. Was Deutschland zahlen könne, sei vielleicht keine einfache Frage. Leider stehe die Antwort auf diese Frage einem volkstümlichen Gefühle natürlicher Gerechtigkeit entgegen, das der Ansicht ist, daß der geschlagene Feind, der den Krieg beabsichtigt habe, den verursachten Schaden wieder gutmachen soll. Und dies werde, falls keine genügende Antwort erteilt werde, Europa in den Ruin treiben. Derselbe Grundsatz, daß eine Nation, soweit sie keinen ausführbaren Ueberschuß besitze, ausländische Schulden nur aus dem Reichtum zahlen könne, den sie außerhalb des eigenen Landes aufgehäuft habe, sei auch auf alle übrigen internationalen Schulden anwendbar. Der einzige Schuldner, der über einen großen Vorrat auswärtiger Werte verfüge, sei England. England besitze immer noch genügend ausländische Wertpapiere, um seine Schulden an die Vereinigten Staaten zwei- oder dreimal zu begleichen, aber weder Frankreich noch Italien verfügten über gleiche Reichtumsreserven, und es sei zweifelhaft, ob diese beiden Länder genügend Werte besäßen, um mehr als einen unbedeutenden Teil ihrer auswärtigen Schulden zu begleichen. Frankreich würde diese Schulden nur abtragen können, wenn es Ware in sehr großem Umfange erzeugte und ausführte, und zwar weit über die normale Forderung des Handels hinaus. Aber würde irgendeine Bereitschaft bestehen, die Waren abzunehmen? Weder England noch irgendein anderes Land sei heute bereit, Waren in einem ungewöhnlichen Maße abzunehmen. Frankreichs Schulden seien viel zu groß unter Berücksichtigung gewöhnlicher internationaler Handelsmöglichkeiten. Die Schulden seien aufgenommen worden durch den Ankauf von Waren, die im Kriege benötigt und zu Kriegspreisen bezahlt wurden. Man habe sich im Kriege daran gewöhnt, in Milliarden zu sprechen. Wenn man jedoch zu den Gedanken zurückkehre, die für Frankreichs Verhältnisse angemessen seien, so würde man erkennen, daß Frankreich keinen Kapitalüberschuß oder ausführbaren Reichtum habe, um es in den Stand zu setzen, diesen äußeren Verpflichtungen nachzukommen. Die unvermeidliche Schlußfolgerung sei, daß

die internationalen Schulden viel zu groß

sind für die Fähigkeit irgendeines der Schuldnerländer außer England.

Die Gesamtfrage erfordere vernunftgemäß neue Erwägungen durch die Gläubiger, die dauernd die unmittelbare Wirkung der Zahlung dieser Schulden auf dem Weltmarkt im Auge behalten müßten. Die Gläubigerstaaten würden größere Vorteile von der Wohlfahrt des Handels haben, die die Beschäftigung in ihren Fabriken und Werkstätten sichern würde, als sie je von der zweifelhaften Bezahlung dieser Schulden erhalten könnten. Zum Schluß trat Mac Kenna dafür ein, daß der Betrag, den die Schuldner schließlich bezahlen könnten, durch eine Untersuchung ihrer ausführbaren Ueberschüsse auf einer vollkommen freimütigen Konferenz zwischen Gläubigern und Schuldnern von beiden Parteien festgestellt werden solle.

Sir Hornes Amerikareise.

London, 5. Oktober. (TU.) Schatzkanzler Sir Robert Horne beabsichtigt am 18. Oktober nach den Vereinigten Staaten zu reisen, um die Frage der britischen Schulden in Amerika zu arrangieren. Er wird von Mr. Montagne Norman von der Bank von England begleitet.

Günthers Verantwortung im Rathenau-Prozeß

3. Verhandlungstag.

B.S. **Leipzig**, den 5. Oktober 1922.

Unter den Zeugen, die zum heutigen dritten Verhandlungstag geladen sind, befindet sich der Gauleiter Erich Bade aus Schwerin und der Onkel Techows, der Gutsbesitzer Erwin Behrens, sowie mehrere Berliner Kriminalkommissare.

Nach Eintritt in die Verhandlung wurden auf Wunsch des Oberreichsanwalts die Brüder Techow noch einmal vernommen. Oberreichsanwalt Ebermayer zu Ernst Werner Techow: Haben Sie vor der Abfahrt des Autos gehört, daß Kern zu Schütt sagte: „Schütt, Verräter werden mit dem Tode bestraft." Angekl.: Das habe ich nicht gehört. Vors.: Sie sagten, daß Sie sich von der Notwendigkeit des Attentats und von den Gründen Kerns nicht überzeugt hätten. Weshalb haben Sie sich dann aber gefügt? Haben Sie vielleicht auch gefürchtet, daß bei der gewalttätigen Natur Kerns Ihnen etwas passieren würde, wenn Sie sich weigerten? Techow: Ich hatte den Eindruck, daß Kern bei meiner Weigerung die Tat allein ausgeführt hätte; was er gegen mich unternommen hätte, weiß ich nicht; letzten Endes hat er doch immer den Kameraden in mir gesehen. Vors.: Aus welchen Motiven haben Sie sich denn nun Kern gefügt? Techow:

Ich stand unter seinem Einfluß und konnte nicht mehr zurück.

Vors.: Es war also ein psychischer Druck? Techow: Jawohl, so ähnlich war es. Wenn ich in seiner Nähe war, fühlte ich mich unter seinem Schutz. Vors.: Haben Sie nicht daran gedacht, daß diese Fanatiker sein Ziel auf Tod und Leben verfolgen würde? Techow: Ich habe Kern doch mein Ehrenwort gegeben. Vors.: Und dieses Ehrenwort, das in bezug auf einen Mord gegeben wurde, war Ihnen heilig? Techow: Ein Ehrenwort ist immer heilig. Vors.: Und Sie ziehen es vor, dieses Wort zu halten, auch wenn es sich um das schlimmste Verbrechen handelt? Techow: Jawohl, einen Widerspruch gegen das, was Kern sagte, gab es überhaupt nicht. R.-A. Bloch: Ist Ihnen eine Vorschrift der Organisation Consul bekannt, wonach Verräter mit dem Tode bestraft werden? Techow: Nein, davon weiß ich nichts.

Der jüngere Techow, Hans Gerd,

wurde dann nochmals über die Zusammenkunft mit seinem Bruder, sowie mit Kern und Fischer nach der Ausführung der Tat befragt. Er erklärte, daß bei der Zusammenkunft in der Waldschänke des Zoologischen Gartens Kern ihm versichert habe, daß sein Bruder Ernst Werner von ihnen in Unwissenheit über die Tat selbst gehalten worden sei. Vor allen Dingen habe er nicht gewußt, daß Rathenau sein Haus noch nicht verlassen hatte. Die Schüsse auf Rathenau seien hinter seinem, Techows, Rücken abgegeben worden. Vors.: Hat Ihr Bruder diese Aeußerungen Kerns gehört? Hans Gerd Techow: Nein. Ernst Werner Techow: Ich konnte diese Aeußerung schon deshalb nicht hören, weil ich mit Fischer zusammenging und etwa 10 Schritte hinter Kern und meinem Bruder zurückgeblieben war. Vors. zum jüngeren Techow: Hat Ihnen Ihr Bruder nicht etwa diese Aussage eingegeben? Hans Gerd Techow: Nein. R.-A. Golnick bittet den Sachverständigen Dr. Schütz zu hören, da

Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten Günther

beständen. Daß Günther nicht ganz richtig sei, gehe aus der Tatsache hervor, daß er Irrfahrten während seiner Militärzeit unternommen habe. Auch die früheren Kameraden Günthers seien der Ansicht, daß seine Zurechnungsfähigkeit nicht vollgültig sei und Günther habe geistig durch einen Eisenbahnunfall und durch schwere Malaria gelitten. So habe der Angeklagte ganz wirre Briefe geschrieben an Personen, die er niemals kennengelernt habe.

Hierauf wurde

der Angeklagte stud. jur. Willi Günther

vernommen. Das Verhör gestaltete sich sehr interessant, da Günther sich wiederholt in Widersprüche verwickelte, um den Angeklagten Ernst Werner Techow zu entlasten. Vors.: Sie haben neulich behauptet, daß Sie zu unrecht aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschlossen worden sind. Sie waren dann im Selbstschutz Oberschlesien und waren während des Kapp-Putsches Ordonnanzoffizier des Oberst Bauer? Sie kennen ferner den Schüler Stubenrauch. Haben Sie sich selbst mit einem Plan zur Beseitigung linksstehender führenden Persönlichkeiten beschäftigt? Angekl.: Stubenrauch, der mein Gesinnungsgenosse ist, trat eines Tages mit dem Plan an mich heran, er wolle Rathenau im Reichstage erschießen, da er der Ansicht sei, daß Rathenau ein Schädling sei. Ich selbst war auch dieser Ansicht, da mich

Rathenaus Schrift über den Kaiser

ungeheuer empört hatte, namentlich die eine Stelle, in der Rathenau sagt: „In dem Augenblick, in dem der Kaiser an der Spitze seiner Paladine durchs Brandenburger Tor zieht, hat die Weltgeschichte ihren Sinn verloren." Vors.: Eine solche Stelle in Rathenaus Schriften ist mir nicht bekannt. Justizrat Dr. Hahn legt darauf dem Gerichtshof die Broschüre Rathenaus über den Kaiser vor, die 1919 im Verlag von S. Fischer erschien. Rathenau schildert in der Broschüre seine Begegnungen mit dem Kaiser und eine Unterhaltung mit einer führenden deutschen Persönlichkeit über den Kaiser selbst, die während des Krieges stattgefunden hat. Die von Günther angezogene Stelle lautet:

„Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser als Sieger der Welt mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durch das Brandenburger Tor zieht. An diesem Tag hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. Nein! Nicht einer der Großen, die in diesen Krieg ziehen, wird den Krieg überdauern."

Angekl. Günther: Diese Stelle habe ich so aufgefaßt,

daß der internationale Jude Rathenau die Niederlage Deutschlands wünschte.

Stubenrauch schilderte mir dann ausführlich seinen Plan, wie er Rathenau im Reichstag erschießen wollte. Ich war allerdings der Ansicht, man dürfe aus Rathenau keinen Märtyrer machen, außerdem hielt ich Stubenrauchs Plan technisch wieder für durchführbar. Deshalb hielt ich ihn, der von mir einen Revolver verlangte, möglichst lange hin. Stubenrauch machte dann auch den Vorschlag, Rathenau bei seinem Besuch bei Kommerzienrat Mamroth zu erschießen. — Vors.: Wünschten Sie denn selbst, daß ein derartiger Mordplan ausgeführt wurde? — Angekl.: Jawohl. — Vors.: Sie haben dem Stubenrauch gesagt, daß sein Plan bei der O. C. in München keinen Beifall habe.

Hatten Sie sich denn mit der O. C. in Verbindung gesetzt?

Angekl.: Das habe ich nur so gesagt, um Stubenrauch hinzuhalten. Vors.: Kannten Sie denn Mitglieder der Organisation C? Angekl. (nach einigem Zögern): Nein, ich habe dann aber den beiden Techows von Stubenrauchs Plan Mitteilung gemacht. Ernst Werner hielt die Sache für aussichtslos. Außerdem riet er ab, wegen der außenpolitischen Wirkungen und besonders aus dem Grunde, weil auch seiner Ansicht durch den Tod Rathenaus die damals schwebenden Anleiheverhandlungen gefährdet würden. Vors.: Hat Stubenrauch von Ihnen für seinen Plan Geld verlangt? Angekl.:

An die früheren „Freiheit"-Abonnenten!

Verschiedene Anfragen wegen der Nachlieferung des Romanschlusses „Der Entgleiste" veranlassen uns zu der Bitte, sich noch etwas zu gedulden. Infolge der Uebernahme sind noch einige technische Schwierigkeiten zu überwinden, ehe der Nachdruck des Romans beendet wird.

Vorwärts-Verlag.

Publikum.

Von Hans Oggi.

Nach der Vorstellung stürzt das Publikum in ein kleines Café, das gleich neben dem Theater liegt. Man geht hin, weil es nur einige Schritte vom Theater sind und weil man die kurze Zeit bis zur Polizeistunde ausnützen will.

Alles, was dort versammelt ist, spricht vom Theater. Und es ist interessant, unter diesen Leuten zu sitzen und ihre Urteile und Meinungen, Wünsche und Entzückungen anzuhören. Man lernt dabei — lernt, daß das Publikum die komplizierteste Komposition ist und daß ihre Partitur sehr viele Stimmen enthält.

Nach der Erstaufführung eines neuen Dramas machte ich wieder die verschiedensten Beobachtungen. Das Stück hält gute Mittellinie, ist ernsthaft literarisch bestrebt, die Aufführung war sehr gut, die Aufnahme freundlich. Dies die Skizze für einen Pressebericht. Anders das Cafépublikum.

Ein Mann, vermutlich Beamtenmittelstand, der seine Frau vom Theater abgeholt hat, erkundigt sich, wie es ihr gefallen. Die Frau (während sie den Kaffee rührt): „Es ist ganz schön, bloß im zweiten Akt hatten sie so eine neumodische Einrichtung, weißt Du, so steife Möbel, das kann ich gar nicht leiden. . . ."

Eine ältliche Frau, in ihrem Aeußeren bürgerliche Wohlhabenheit kündend, unterhält sich mit ihren Bekannten über das gleiche Thema: „Das ist so ähnlich wie der Roman, der damals im Blatt kam, nur der Schluß ist hier anders gemacht, und der Graf ging nach Australien. Ach, das war ein schöner Roman. Wie hieß er doch nur? Mir liegt es auf der Zunge. . . ."

Ein bleicher junger Mann zu seinem Freund: „Das war für mich der schönste Moment: wie sie ihm, als er nach dem Abschied mit gesenktem Kopf nach der Tür geht, nachsieht, mit großen erwartungsvollen Augen, die Hände halb erhoben, wie sie angstvoll jeden seiner Schritte beobachtet, die sie immer mehr von ihm trennen — und wie sie dann, als er, ohne nach ihr gesehen zu haben, die Tür hinter sich schließt, mit so einem würgenden Schrei zusammenbricht . . . das war wirklich Kunst!"

Eine alte Dame, die entschieden der „guten Gesellschaft" angehört, zu einem jungen Mädchen: „. . . und doch kann ich dem Stück nur wenig abgewinnen. Es hat für mich keinen inneren Wert, es ist zu viel Realismus, zu wenig Dichtung. Es erhebt nicht, man bleibt im Alltag, und damit ist für mich der Zweck eines Theaterbesuches nicht erfüllt".

Ein anderer junger Mann, Zigarette im Mundwinkel, merkwürdige Lebendigkeit des Oberkörpers, die entweder an einem Kellner oder an einen Warenhausverkäufer erinnert: „Die Millers war wieder blendend, überhaupt ein famoses Mädel, aber . . .! Ich muß Ihnen eine Geschichte von ihr erzählen. . . ."

Ein Backfisch zum andern: „Die Perrücke steht ihm eigentlich gut, aber mit seinen eigenen Haaren gefällt er mir doch viel besser. Was spielt er morgen?"

Ein Dame: „Nein, Gerbers waren nicht da, aber Möllers, und sie in einer Toilette! Mindestens 80 000 Mark. . . .!"

Da sagte jemand: „Wundervoll! Einfach großartig!" Erfreut sah ich mich um, glaubte einen wirklich Begeisterten entdeckt zu haben. Es war ein junges Mädchen, das eben eine Portion Eis bekommen und davon gekostet hatte. . . .

Der blaue Vogel. Man muß nach der Goltzstraße pilgern, in den verlorenen Winkel, den einst ein Kintopp übelster Sorte zierte, um Kleinbühnenkunst in wirklicher Vollendung anzutreffen. Was tuts, daß diese Kleinkunst von Russen gemacht wird, die wir ja eigentlich satt haben wollen; was sie hier geben, ist schön und berückend. Es handelt sich um das dritte Programm der Goltzstraßenbühne, das gestern in der Generalprobe einem geladenen Publikum vorgeführt wurde. Obenan steht — expressionistisch bis aufs I-Tüpfelchen — die Inszenierung eines Gedichts von Tolstoi „Die Werbung", russisch gesättigt in den Farben, in der Musik, in den Gesten. Höhepunkte sind ferner: ein rhythmisch prachtvoll gegliederter alter Chanson „Die drei Trommler" und ein Rokokoausschnitt aus einer Oper von Tschaikowsky „Pique-Dame", in weichen Lichtgluten aus orange, grün und lila — worin mit seltenem Geschmack die weiche Melodie in Farben festgehalten wird. Dann vor allem die Lieder von der Wolga „Burlaki", die alle Not und Sehnsucht dieses Volkes in eine verschwimmende Flußlandschaft bannen. Zehn ziehen an den Halftern einer Kette, die Körper, Zugtieren gleich, drängen müde vorwärts, das Lied schleicht mit den Wellen der Wolga am Boden hin, bäumt sich auf zur Freiheit, die hinter der fernen Sonne wohnt, bricht ab, schleicht weiter — — schwer liegen die Männer im Zugseil . . .

Diese und viele andere Kunstwerke der Regie vollbringen Jusekn, Esanin und Nelidow mit einem Stab gleichwertiger Künstler, der keinen Star kennt. Wäre es nicht möglich, dergleichen Erlesenheiten einer breiteren Masse zugänglich zu machen? K.

In der Urania las der Geheime Konsistorialrat Professor Dr. D. Daiman-Greifswald, vom Standpunkte des Christen und des Auslandsdeutschen, eine Klagepredigt über Jerusalem vor. Als langjähriger Leiter des dortigen archäologischen Instituts kennt er so recht das Jerusalem des Wissens und des Glaubens. Man wurde durch den Redner eingehend mit Alt- und Neu-Jerusalem bekannt. Erfreulicherweise auch recht ausführlich mit dem arabischen Jerusalem, von dem kleine, idyllische Stimmungsbilder fein übermittelt wurden. Denn für den, der den Orientalen eben gerade als Orientalen schätzt, ist das arabische Jerusalem eine lebende Größe. Natürlich hat Jerusalem sich dem Wechsel der Zeiten nicht entziehen können. Die Engländer öffneten den Zionisten Tür und Tor, und russische, rumänische und südarabische Nöte trieben viele Juden zur Auswanderung nach Jerusalem. Mit dem rein völkischen Plan des Zionismus erklärte der Redner sich nicht einverstanden. Er erzählte, es hätte ein Abbruch der Geschichte Jerusalems gedroht, weil Demel Pascha die Evakuierung der Stadt beschlossen hatte. Das sei durch die Deutschen verhindert worden, ebenso hätten sie die mehr als 3000jährige Stadt vor der Zerstörung bewahrt. Trotzdem pries man jetzt die Engländer als die Erretter der Stadt, und der Deutschenhaß sei sehr groß. Der Redner findet das Jerusalem nach dem Kriege jüdischer, militaristischer und friedloser. Der Hörer wurde ferner noch an Wilhelm von Hohenzollerns Kaiserworte und manche Einzelheiten seiner mit viel Tamtam unternommenen Jerusalemreise erinnert. Die Veränderungen, bedingt durch Krieg und Nachkriegswirkungen, die über Jerusalem hereingebrochen sind, können den Fernerstehenden, auch bei vollem Verständnis für die Not des Einzelnen, selbstredend nicht so erschüttern. Der Krieg ging, nebenbei bemerkt, in Deutschland an nichts und an niemandem vorbei, sogar den Kaiser fegte er hinweg, und mit „maßgeblichen" Kaiserworten weiß der Republikaner wirklich gar nichts anzufangen. Um an der Vorlesung Gefallen zu finden, muß man schon die gleiche Einstellung wie der Redner haben. Die Lichtbilder waren ausgezeichnet. e. b.

Das führerlose Flugzeug. Nachdem die Idee des Flugzeugs ohne Motor jetzt für die Praxis Bedeutung gewonnen hat, besteht das nächste große Ziel auf dem Weg zur völligen Beherrschung der Luft in der praktischen Verwirklichung des Gedankens eines vom Führer unabhängigen Flugzeugs. Der französische Ingenieur Percheron, der sich der Lösung dieses Problems widmet, ist zurzeit auf dem Flugplatz von Etampes mit Versuchen beschäftigt, die Erfolg zu versprechen scheinen. Das Flugzeug, das ohne Führer aufsteigt, wird auf funkentelegraphischem Wege von einem auf der Erde zurückgebliebenen Piloten gelenkt, der bequem in seinem Sessel vor einer Tastatur sitzt und durch Niederdrücken der Tasten dem 50 bis 100 Kilometer von seinem Standort entfernten Flugzeug Direktiven gibt, die dieses mit untadeliger Exaktheit ausführt. Der Apparat, mit dem die Versuche gemacht werden, ist ein großer Zweidecker aus Metall, der mit einem Motor von 300 PS. ausgerüstet ist. An der Stelle für die Sitze der Piloten und des Beobachters sind verschiedene komplizierte Apparate aufgestellt; ein Empfänger, ein mechanischer Stabilisator, ein Hilfsmotor, der die Zuführung der Gase und die Zündung reguliert und das Steuer betätigt. Unter dem Gestänge des Trägerwerks befindet sich eine radiotelegraphische Antenne und ein Anker; denn die Landung bildet den eigentlichen Angelpunkt des Problems. Percheron glaubt das Problem mit Hilfe des Ankers lösen zu können, der im geeigneten Augenblick herabgelassen, sich in einen bestimmten Neigungswinkel stellt, wie ihn der am Land befindliche Pilot wünscht. Wenn der Anker den Boden faßt, wird der Motor angehalten, während die Stellung des Ankers mechanisch die des Tiefensteuers bestimmt, um eine normale Landung zu ermöglichen. Die Versuche sind, wie die Pariser Blätter mitteilen, noch nicht abgeschlossen.

August-Gaul-Gedächtnis-Ausstellung in der Akademie der Künste. Die Eröffnung findet am 7. Oktober um 12 Uhr vor geladenem Publikum statt. Von 2 Uhr ab ist die Ausstellung allgemein zugänglich.

Das Deutsche Städteguttheater eröffnet am 8. im Schwechtensaal, Lützowstraße 111/112, mit der Uraufführung im Original des Lustspiels „Hanns Frei" von Otto Ludwig seine Pforten.

Jawohl, er wollte auch ein Auto haben, um flüchten zu können. **Oberreichsanw.: Sie sollen zu Stubenrauch gesagt haben, daß die O. C. für derartige Sachen Leute auslosen, die eine zweijährige Probezeit hinter sich hätten?** Angekl.: Das muß ein Mißverständnis sein, denn ich habe nur gesagt, daß in die O. C. lediglich Leute aufgenommen würden, die eine längere Probezeit hinter sich hätten. R.-A. Bloch:

Woher kannten Sie denn die Aufnahmebedingungen in die O. C.?

Angekl.: Aus den Zeitungen. Günther gibt dann über den Verlauf seiner Besprechungen mit den beiden Techows, Kern und Fischer nähere Auskunft: Am 18. Juni bat mich Ernst Werner Techow in seine Wohnung, da mich zwei Leute sprechen wollten. Vors.: **Sagte Ihnen Techow, daß es sich um Angehörige der O. C. handle?** Angekl.: Nein. Ich kam dann am 19. mit Kern, Fischer und Hans Gerd Techow zusammen. Ich entwickelte Kern den Stubenrauchschen Plan, der jedoch verworfen wurde. Ich hatte damals den Eindruck, daß Kern und Fischer mir bereits mit einem fest ausgearbeiteten Plan entgegentrat. Kern machte auf mich einen sehr guten energischen und zielbewußten Eindruck. Ich erinnere mich auch, daß Fischer davon sprach, man wolle Gefangene befreien, die im besetzten Gebiet von den Franzosen verhaftet worden seien, und weiter wurde der Plan entwickelt, eine Studentenorganisation zu bilden, die im Falle eines Setzerstreiks die rechtsstehenden Zeitungen aufrechterhalten sollte.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Der Münchener Landesverratsprozeß.

München, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Noch am Abend des zweiten Verhandlungstages wurde in die Behandlung des Gargas-Falles eingetreten. Schon der bisher behandelte Erzberger-Komplex hatte diese journalistische Nebeninteressen berührt. Fechenbach wurde darüber zur Rechenschaft gezogen, daß er Abschriften von Dokumenten einem ausländischen Journalisten gab, deren Inhalt schon vorher öffentlich bekannt war. Zum mindesten ebenso stark berührt der Fall Gargas und dessen journalistische Berufsinteressen. Gargas, der Berliner Filialleiter eines Londoner Nachrichtenbureaus, hatte Nachrichten aus Deutschland gesammelt und nach London weitergegeben. Der Vorsitzende empörte sich beim Verhör darüber, daß Gargas die Mitteilung nach England weitergeleitet hatte, es schwebe gegen Weismann ein Verfahren wegen seiner Uebergriffe gegen Bayern. Der Vorsitzende fragt, was diese Mitteilung das Ausland anginge! Es fehlt ihm augenscheinlich jegliches Verständnis für die Natur des journalistischen Dienstes. Er scheint der Meinung zu sein, daß jeder journalistische Nachrichtendienst an das Ausland Landesverrat sei. Da Gargas sich Zeitschriften aller fortgegebenen Nachrichten sorgfältig aufbewahrte, konnte die Polizei viele Aktenbündel nach München schaffen. Darunter befindet sich, was der Vorsitzende sehr übel nimmt, auch eine ungünstige Aeußerung über Bayerns Gerichte. Aus beschlagnahmten Papieren des Gargas weist der Vorsitzende mit einem gewissen Triumphgefühl alle möglichen Geschäfte des Angeklagten nach.

Nach Gargas wird der Angeklagte Lemke vernommen. Er war längere Zeit bei den „Münchener Neuesten Nachrichten" beschäftigt, später war er zur „Deutschen Allgemeinen Zeitung" übergegangen. Um den Gerichtshof milder zu stimmen, gab er heftige Versicherungen von seiner Vaterlandsliebe ab. Das Verhalten des Vorsitzenden, der den Stoff glänzend beherrscht, läßt indes schon erkennen, daß er Artikel aus Lemkes Feder im Hintergrunde hält, die er nicht als vaterländisch gelten lassen will. Auch Lemke war so unvorsichtig gewesen ....

Das Gericht gegen den „Vorwärts".

Zu Beginn des 2. Verhandlungstages wandte sich der Gerichtsvorsitzende Oberlandesgerichtsrat Haß gegen die Berichterstattung des „Vorwärts". Er bezeichnet die Behauptung, daß man der Presse nahegelegt habe, unangenehme Dinge über Bayern zu unterdrücken, als eine Beschmutzung des Volksgerichts und eine Hetze gegen Bayern. Der Herr Oberlandesgerichtsrat hätte genauer lesen sollen, dann hätte er gefunden, daß das Volksgericht gar nicht bezichtigt wurde, sondern eine ihm vielleicht unbekannte Stelle. Im übrigen ist schon das Schweigegebot, das der Presse nach Gutdünken des Gerichts auferlegt wird, eine offizielle Aufforderung, bei Vermeidung von Strafe für Bayern unangenehme Dinge zu unterdrücken.

Der Streik der Wiener Hausbesitzer kann als zusammengebrochen betrachtet werden; die Hausbesitzer haben bereits die Einstellung des Lichtes und des Wassers aus ihrem Programm gestrichen. Das rasche Eingreifen der Sozialdemokratischen Partei hat gewirkt!

Weitere Kurssteigerungen.

Am Devisenmarkt zeigten heute die Kurse bei geringen Umsätzen wieder steigende Tendenz. Der Dollar wurde bei Beginn des offiziellen Verkehrs mit 2100 gehandelt und stieg sehr rasch bis auf 2210. Auf diesem Niveau hielt sich der Kurs auch im weiteren Verlauf der Börse. Man behauptet an der Börse, der Devisenmarkt habe durch die kürzlich vorgenommene Einschränkung des Geschäftes auf einen kleinen Kreis von Firmen wesentlich an Elastizität verloren und daß bei dem jetzigen geringen Umfang des Geschäfts sprunghafte Steigerungen des Kurses viel leichter möglich seien als früher. An der Effektenbörse stehen nach wie vor Auslandswerte und solche Papiere, für die das Ausland Interesse hat, im Vordergrunde. Heute entwickelte sich wieder eine stürmische Hausse in Kolonialwerten und Gold-Ungarn. Auch Mansfelder Aktien wurden lebhaft gehandelt. Obwohl die Tendenz der Börse noch vorwiegend fest ist, zeigt sich doch bei der Spekulation Neigung zu Positionslösungen und Gewinnsicherungen. Die Geldfrage tritt wieder mehr in den Vordergrund. Man erwartet schon für die nächste Woche eine weitere Zuspitzung der Geldmarktlage und dementsprechend auch ein Nachlassen des bisher lebhaften Effektenverkehrs.

Devisenkurse.

	5. Oktober		4. Oktober	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
100 holländische Gulden . .	83994.85	84205.15	82396.85	82603.15
1 argentinischer Papier-Peso	—	—	751.55	753.45
100 belgische Frank.	—	—	15131.05	15168.95
100 norwegische Kronen . .	39250.85	39349.15	37752.75	37847.25
100 dänische Kronen	44994.30	44605.70	43745.25	43854.75
100 schwedische Kronen. . .	57378.15	57521.85	56329.50	56470.50
100 finnische Mark	4943.80	4956.20	4744.05	4755.95
1 japanischer Yen	—	—	1018.70	1021.30
100 italienische Lire	—	—	9013.70	9036.30
1 Pfund Sterling	—	—	9363.25	9386.75
1 Dollar	—	—	2127.33	2132.67
100 französische Frank . . .	—	—	16129.80	16170.20
1 brasilianischer Milreis . .	—	—	247.69	248.31
100 Schweizer Frank. . . .	—	—	39700.30	39799.70
100 spanische Pesetas . . .	—	—	32209.65	32298.35
100 österr. Kronen (abgest.)	8.08	8.12	2.93	2.97
100 tschechische Kronen . . .	7390.75	7409.25	6941.30	6958.70
100 ungarische Kronen. . .	89.88	90.12	83.89	84.11
100 bulgarische Lewa . . .	1343.30	1346.70	1273.40	1276.60

Neues vom Bahnhof Friedrichstraße.

Ueber allen neuen für den Berliner Verkehr bestimmten Bauten scheint ein Unstern zu schweben. Bei fast allen Bauten der Nachkriegszeit konnten die in Aussicht genommenen Termine nicht eingehalten werden und mußten hinausgeschoben werden. Dies war bei der Untergrundbahn Nord-Süd und dem Westhafen der Fall. Nun scheint das gleiche Schicksal auch der Umbau des Bahnhofes Friedrichstraße teilen zu sollen. Ursprünglich war beabsichtigt worden, den Betrieb auf dem neuen nunmehr fast fertiggestellten Bahnsteig mit der Einführung des Winterfahrplans, d. h. am 8. Oktober dieses Jahres aufzunehmen. Leider scheint dieses Vorhaben ein frommer Wunsch zu bleiben, da am Innenausbau des Bahnsteiges, der allerdings bereits Wartehalle, Dienstraum und Beleuchtung hat, noch allerlei andere, für den Betrieb wichtige Dinge fehlen. So fehlen auf beiden Seiten des neuen Bahnsteiges die Gleisbettungsmaterialien und die Gleise selbst, deren Verlegung allerdings nicht lange Zeit in Anspruch nimmt. Außerdem fehlen aber auch noch die Einrichtungen für die Fahrkartenschalter, Teile der Zugangstreppen usw., so daß sich die Inbetriebnahme des Bahnsteigs noch einige Zeit verzögern wird. Sie soll aber noch im Laufe des Winters erfolgen. Unmittelbar an die Inbetriebnahme des neuen dritten Bahnsteiges wird sich der Weiterumbau des Bahnhofs Friedrichstraße anschließen. Zunächst soll dann der jetzige Vorort- und Stadtbahnsteig außer Betrieb gesetzt werden. Die unter diesem Bahnsteig befindlichen Räume werden dem neuen Teile des Bahnhofes entsprechend ausgebaut, sie erhalten zum Teil ein Zwischengeschoß, in dem u. a. ein unter allen drei Bahnsteigen laufender Gang, die Verbindung aller drei Bahnsteige, angeordnet werden wird. Die fortschreitende Verteuerung des Baues hat den ursprünglichen Plan jedoch erheblich geändert; ursprünglich sollten die drei Bahnsteige in gleicher Höhe liegen. Der abgeänderte Plan beläßt die beiden alten Bahnsteige in der alten Höhe. Damit hängt die weitere Aenderung des Bahnhofsäußeren zusammen; nach dem neueren Projekt wird der neue Bahnsteig ein besonderes Hallendach erhalten, während sich über den beiden alten Gleisen wie früher ein gemeinsames Hallendach wölben wird. Die Konstruktionen für die Hallendächer sind bereits in Auftrag gegeben worden, damit der augenblickliche Zustand der Notdächer sobald als möglich beseitigt werden kann.

Braucht Berlin 20 Arbeitsnachweise?

Diese Frage wirft der „Lokal-Anzeiger" auf gegenüber der Absicht des Berliner Magistrats, für jeden der 20 Verwaltungsbezirke einen besonderen Arbeitsnachweis zu schaffen. Das Blatt äußert Zweifel, ob ein solches Verfahren im Sinne des am 1. Oktober in Kraft getretenen Arbeitsnachweisgesetzes wäre, das die Schaffung von Arbeitsnachweisen in „Gemeinden" vorsieht. Eine „Gipfelleistung sozialistischer Regierungskunst" nennt der „Lokal-Anzeiger" die geplanten 20 Arbeitsnachweise, und er bemerkt dazu:

„Die Gründe sind mehr als durchsichtig. Die Vorsitzenden der paritätischen Verwaltungsausschüsse für die Arbeitsnachweise sind laut Gesetz von den Gemeinden zu bestellen. Bei einer Regelung, wie der Magistrat sie plant, kann der Vorsitz der Verwaltungsausschüsse in einer ganzen Anzahl von wirtschaftlich enorm wichtigen Bezirken auf unabsehbare Zeit in sozialistische Hände kommen, weit über die Dauer der roten Herrschaft in Berlin hinaus. Daß diese Herrschaft nicht ewig dauern wird, nimmt man wohl auch im Berliner Magistrat an, und man scheint darum auch keine Gelegenheit vorbeigehen lassen zu wollen, noch eine Reihe von angenehmen Posten für den treuesten Anhang zu schaffen. Die Bürger Berlins sollten endlich einmal deutlich fragen, wie lange ihre Geduld in dieser Weise mißbraucht werden soll."

Zu dieser Probe deutschnationaler Hetze gegen die „rote Herrschaft" in Berlin wollen wir feststellen, daß die Verteilung der Berliner Arbeitsvermittlung auf 20 Arbeitsnachweise von dem wahrhaftig nicht sozialistischen Oberpräsidenten für nötig gehalten wird. Wir fragen, wie lange noch der Magistrat sich die frechen Verdächtigungen gefallen lassen will, mit denen deutschnationale Blätter ihn herabzusetzen suchen?

Das Nachrichtenamt des Magistrats schreibt dazu: „Nach den Ausführungen des Artikelschreibers könnte es den Anschein erwecken, als wenn in der Organisation des Berliner Arbeitsnachweiswesens Neuerungen eingeführt werden sollten. Demgegenüber sei festgestellt, daß dies nicht der Fall ist. Bereits seit Jahresfrist besitzt jeder der 20 Berliner Verwaltungsbezirke ein Arbeitsamt, das einer eigenen Deputation untersteht. Die Bezirksarbeitsnachweise, deren Notwendigkeit für die Vermittlung von ungelernten Arbeitern und Hauspersonal kaum bestritten werden kann, sollen jetzt nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht mehr einer städtischen Deputation, sondern einem Verwaltungsausschuß unterstellt werden. Für den zwischenbezirklichen Ausgleich von Angebot und Nachfrage hat auch schon bisher die Abteilung Stellenausgleich beim Landesarbeitsamt gesorgt und wird dies weiterhin in noch weit größerem Umfange tun können. Was die Vorsitzenden der Verwaltungsausschüsse für die Arbeitsnachweise betrifft, so werden dieselben ebenso wie die heutigen Vorsitzenden der Bezirksdeputationen für die Arbeitsnachweise von den Bezirksämtern aus den Reihen ihrer Mitglieder ernannt werden. Es handelt sich also auch hier weder um eine Neuerung noch um die Schaffung neuer Posten."

Der Schrecken der Laubenkolonien.

Schwere Bestrafung gemeingefährlicher Verbrecher.

Das seit einiger Zeit erfreulich emporblühende Kleingartenwesen hatte unter einer neuen Verbrecherkategorie schwer zu leiden. Diese gemeingefährlichen Verbrecher richteten dadurch, daß sie heimlich in der Nacht in den Geflügelhof der Kleingärtner und Laubenkolonisten einbrachen, einen schweren wirtschaftlichen Schaden an und waren zu einem wahren Schrecken der Laubenkolonisten geworden. Mehrere dieser unangenehmen Mitbürger wurden von der 6. Strafkammer des Landgerichts III in exemplarischer Weise bestraft.

Wegen schweren Diebstahls in zirka 20 Fällen waren die Arbeiter Hermann Lengfeld, Wilhelm Horwald und Robert Lindecke, der Fürsorgezögling Erich Nelle und der Fürsorgezögling Kurt Vormeister angeklagt, während sich der Händler Arno Wentzel wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu verantworten hatte. Die wegen Diebstahls angeklagten Personen hatten längere Zeit hindurch die Laubengärten in Berlin und Umgegend unsicher gemacht und Hühner, Enten und Gänse in großen Mengen gestohlen. Die gestohlenen Waren wanderten sofort am nächsten Morgen nach der Umgegend der Zentralmarkthalle, wo sie von dem Angeklagten Wentzel angekauft wurden, der seinerseits damit einen schwunghaften Handel trieb. Das Gericht kam mit Rücksicht darauf, daß es sich hier um Gemeinschädigungen handelt, welche den zu der ärmeren Bevölkerung zählenden Laubenkolonisten einen schweren Schaden zugefügt haben, zu empfindlichen Strafen, dabei über den Antrag des Staatsanwalts weit hinausgehend. Es wurden verurteilt: Horwald zu 5 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust; Vormeister zu 3 Jahren 1 Monat Gefängnis, Lengfeld zu 2½ Jahren Gefängnis, Nelle zu 4½ Jahren Gefängnis, Lindecke zu 1¼ Jahr Gefängnis sowie je 3 Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte Wentzel wurde wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu 1½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt, außerdem wurde er wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

Mehr Schutz dem staatlichen Kunstgut!

Man schreibt uns:

Der Fall des „Bücherliebhabers" Studienrat Dr. Dobo, der die wertvollsten und seltensten Bücher der Staatsbibliothek seltsamerweise bei fliegenden Buchhändlern in Berlin gekauft haben will, läßt doch einen berechtigten Zweifel darüber aufkommen, ob denn die gewaltigen Kunst- und Seltenheitswerte, die in unseren Museen, Bibliotheken und Kirchen aufgestapelt sind und, von der wirtschaftlichen Seite betrachtet, einen nicht zu unterschätzenden Aktivposten darstellen, genügend geschützt sind. Im Falle des Studienrats Dr. Dobo ist es dem Fernstehenden vollkommen unbegreiflich, wie es möglich war, daß derart wertvolle und unersetzliche Stücke überhaupt für längere Zeit aus dem Hause der Staatsbibliothek herauskonnten. Es sei ferner daran erinnert, daß im Winter dieses Jahres dem Märkischen Museum 25 wertvolle Gold- und Silbermünzen und der Nationalgalerie vier Federzeichnungen von Klinger im Werte von damals 120 000 M. gestohlen wurden. Im Museum in Frankfurt a. d. O. wurden im März d. J. große unersetzliche Sammlungen von Silber- und Goldmünzen und eine Sammlung von silbernen und goldenen Ringen des 18. und 19. Jahrhunderts gestohlen. Auch dem Museum in Brandenburg a. d. H. wurde durch Einbruch schwerer Schaden zugefügt. Von Einbrüchen in Kirchen, bei denen wertvollstes Gerät verloren ging, gar nicht zu reden. Die für die Sicherheit und den Bestand dieser der Nation gehörenden Schätze verantwortlichen Stellen mögen einmal recht bald darüber nachsinnen, wie man zum mindesten die wertvollsten und seltensten Stücke wirksam vor Einbruch und Zertrümmerung und heimlichem Auslandsverkauf schützt. Jeder Goldschmied hat seine feuer- und diebessicheren Panzerschränke, in die er jeden Abend sein kostbares Gut birgt und an jedem Morgen wieder sorgsam hervorholt. Warum sollte ähnliches nicht auch bei den Kostbarkeiten unserer Museen möglich sein?

Millionenbeute eines falschen Dienstmädchens.

Eine Herrschaft vom Kaiserdamm 118 hatte durch eine Anzeige eine Hausangestellte gesucht, auf die sich eine angebliche Martha Schelz meldete. Das Mädchen hatte vollgültige Ausweispapiere und machte einen vertrauenerweckenden Eindruck. Trotzdem wollte die Herrschaft auf die Warnungen der Kriminalpolizei hin vorsichtig sein und sich bei der letzten Herrschaft des Mädchens über seine Zuverlässigkeit erkundigen. Dieses gab eine Adresse in Kaiserslautern an, an die die Herrschaft vom Kaiserdamm auch schrieb. Das Mädchen trat unterdessen aber schon seinen Dienst an, wartete aber die aus Kaiserslautern einlaufende Antwort erst gar nicht ab. Bereits am nächsten Tage war es wieder verschwunden. In der Nacht, während die Herrschaft schlief, packte sie mit einem Freund und einer Freundin, die sie heimlich eingelassen hatte, das ganze Silberzeug zusammen, und die drei schafften es dann über die Hintertreppe fort. Kaum war sie verschwunden, als aus Kaiserslautern der dorthin gesandte Brief als unbestellbar zurückkam, weil die angegebene Adresse falsch war. Die „Perle" hatte es von vornherein auf einen Diebstahl abgesehen. Zweifellos sind die von ihr vorgelegten Papiere gefälscht.

Schwere Ausschreitung eines französischen Offiziers.

In dem Hause Xantener Straße Nr. 15a wohnt im zweiten Stock der Kapitän Leon Beilève, Mitglied der Interalliierten Luftverkehrs-Garantiekommission, über ihm im dritten Stock der Kaufmann Franz Bernstein mit seiner Familie. Beilève war der Meinung, daß es über ihm bei Bernstein zu laut hergehe und hatte mit diesem deshalb schon einige Auseinandersetzungen. Gestern abend ging er zu seinem Ueberwohner hinauf und stellte ihn zur Rede. Bernstein wies ihn hinaus und schob ihn, als er nicht freiwillig gehen wollte, zur Tür hinaus. Darüber erbost, zog der Franzose seine Pistole und gab einen Schuß ab, der Bernstein in den Unterkiefer traf. Der Knall und das Geschrei der Frau und Kinder des Getroffenen alarmierten das ganze Haus und weiterhin auch die Nachbarschaft, die ebenso wie die Hausbewohner in begreiflicher Erregung und mit Recht empört gegen das Gebaren des Franzosen Stellung nahm. Nunmehr ist die Kriminalpolizei mit einer genauen Untersuchung des Vorfalls beschäftigt. Der verletzte Bernstein hat gegen den Kapitän Strafanzeige erstattet.

Kaiserlich-Zehlendorf.

In dem Zimmer des Standesamts zu Zehlendorf-Mitte hängen in großen, prachtvollen Rahmen die Bilder des ehemaligen Kaisers und seiner Frau. Vermutlich sind das dieselben Bilder, deren Vorhandensein wir vor einiger Zeit in dem Amtszimmer des Zehlendorfer Bezirksbürgermeisters Dr. Köster feststellen konnten. Es bleibt aber doch immerhin befremdlich, wenn gerade in Zehlendorf die jungen Mädchen im Augenblick der ehelichen Verbindung das Bild des Mannes schauen müssen, der Treue übers Grab hinaus nicht bewiesen hat. Im übrigen: Die Zehlendorfer Monarchisten haben ja so viel Geld. Also mögen sie ihrem Götzen einen ewigen Tempel bauen und darin die Kaiserbilder aufhängen. Das Kaiserdenkmal aus der Dorfaue können sie auch reinstellen. Und vielleicht findet sich im Lyzeum auch noch ein Hindenburg-Bild, das dann gleichfalls in jenen Tempel hineinpassen würde. Es ist selbstverständlich, daß die Bilder schleunigst aus dem Zehlendorfer Bezirksamt zu verschwinden haben.

Die alte Klage. Eigentlich müßte man meinen, daß auch die Behörden allmählich „Routine" bekommen, die sich der Geschäftsmann bei der fortschreitenden Geldentwertung längst angeeignet hat. Daß dies leider nicht der Fall ist, zeigt die Erhöhung der Portosätze bei der Reichspost. Seit Monaten beinahe ist die neue Portoerhöhung Tagesgespräch, und doch fehlen auf den meisten Postämtern wieder die einschlägigen neuen Markensorten, deren plötzlicher Mehrverbrauch sich fast buchmäßig feststellen läßt, so daß die Geschäftsleute wieder, wie schon häufig, alle möglichen anderen Markensorten auf die Briefe zu kleben gezwungen sind, um das vorschriftsmäßige neue Porto zu bezahlen.

Gasvergiftung von Mutter und Tochter. In ihrer Wohnung in der Boddinstraße 64 zu Neukölln tot aufgefunden wurden die 73 Jahre alte Näherin Auguste Voigt und ihre 41 Jahre alte Tochter Charlotte Voigt. Beide waren einer Gasvergiftung erlegen. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Ob die beiden Frauen freiwillig aus dem Leben geschieden sind oder Opfer eines Unglücks geworden sind, konnte noch nicht festgestellt werden.

Zum Eröffnungskonzert der Kunstgemeinde Neukölln am Montag, den 9. Oktober, 8 Uhr abends, können die Mitglieder ihre Mitgliederkarten gegen Bezahlung des Betrages von 20,50 M. für diese erste Veranstaltung ab 2. Oktober d. J., vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 5 bis 7 Uhr, im Bureau des Volksbildungsamtes, Zimmer 257 des Rathauses Neukölln, in Empfang nehmen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, überwiegend trübe und etwas nebelig mit Regenfällen und mäßigen südwestlichen bis westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Kreis. Neukölln. Freitag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung der früheren SPD. an bekannter Stelle.

114. Abt., Lichtenberg. Freitag, 6. Okt., 7½ Uhr, bei Schwarzer, Gabriel-Max-Straße 17: Vorstands- und Funktionärsitzung.

Jungsozialisten, Gruppe Treptow. Donnerstag, 5. Okt., 7½ Uhr, im Jugendheim Elsenstr. 3. Diskussionsabend. Thema: Die Kulturgüter des Sozialismus. Die Roddruch-Broschüre ist mitzubringen.

Gewerkschaftsbewegung

In der Verlegenheit.

Am Dienstag abend richteten wir an die „Rote Fahne" eine kleine Anfrage: „Was ist schärfster Klassenkampf, mit welchen Mitteln ist er zu verfechten?" Wir bemerkten dabei: Wir möchten nun einmal positiv wissen, was man in der „Roten Fahne" unter Klassenkampf und verschärftem Klassenkampf versteht. Es genügte uns zunächst eine einfache Angabe der nach kommunistischer Auffassung anzuwendenden, sicher wirkenden Mittel.

Heute morgen antwortet die „Rote Fahne". Ihre Antwort zeigt nur allzu deutlich die Verlegenheit, in die sie durch unsere kleine Anfrage versetzt wurde. Sie will uns „zunächst sagen, was, absolut oder relativ, kein Klassenkampf ist". Das wollten wir nicht wissen, sondern, wie gesagt, positiv wissen, was die „Rote Fahne" als Klassenkampf gelten läßt, was als verschärften Klassenkampf, und welche Mittel ihr dazu geeignet erscheinen. Durch allerlei Ausreden sucht sich das kommunistische Blatt um eine einfache klare Antwort herumzudrücken. Weil wir die Frage stellten, wie der Klassenkampf sich nach kommunistischer Auffassung darstellt, kommt die „Rote Fahne" in ihrer Verlegenheit mit der Unterstellung, uns sei der Begriff Klassenkampf fremd. Dabei haben wir der Redaktion der „Roten Fahne" deutlich genug zu verstehen gegeben, daß wir den Klassenkampf schon zu einer Zeit führten, als seine Propagierung und seine Praxis noch etwas beschwerlicher war als heute. Da uns nun in Deutschland in so sehr aufdringlicher Weise ein Klassenkampf nach turkestanisch-moskowitischer Weise angepriesen wird, müssen wir doch wissen, wie es damit bestellt ist, seine Methode und seine Mittel kennen, um uns darüber zu unterhalten. Leute, die der deutschen Arbeiterschaft tagtäglich vorreden, was sie treibe sei kein Klassenkampf, müssen uns schon sagen, was sie nun darunter verstehen. Daß es mit Klassenkampf nichts zu tun hat, wenn der Reichspräsident an einer Schiffstaufe teilnimmt, die Redakteure der „Roten Fahne" im Café oder sonstwo sitzen, das wußten wir auch ohne die Ausreden der „Roten Fahne". Eine Antwort auf unsere Frage ist das nicht.

Verständigung in der Berliner Metallindustrie.

Wie überflüssig die Maßnahme des Arbeitgeberschutzverbandes war, die gestrige Aussperrung in den Betrieben seiner Mitglieder anzuordnen, zeigte die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß, die in der Lohnfrage zu einer Verständigung führte und zur sofortigen Aufhebung der Aussperrung. Die Arbeit ist heute in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Wer zersplittert die Gewerkschaften?

Man schreibt uns:

„In einer Betriebsversammlung der Eisenbahn-Hauptwerkstatt Berlin 2 forderte der aus dem DEV. ausgeschlossene Schobinski die Belegschaft auf, die Bestrebungen der 15er-Kommission auf Veranstaltung eines Betriebsrätekongresses zu unterstützen. Die 15er-Kommission sei einzig und allein die Körperschaft, die die Massen aus ihrem Elend herausführen könne. Die Gewerkschaften aber könnten und wollten nichts unternehmen, um die Arbeiter vor Wucher und Ausbeutung zu schützen. Als die 15er-Kommission mit den Spitzen verhandelte, habe man nur ein Hohnlächeln für sie gehabt. Wie tüchtig dagegen der Ausschuß und ein Teil der Betriebsräte gearbeitet hätten, gehe daraus hervor, daß allein in Berlin der Betrag von 250 000 M. aufgebracht worden sei. Die Demonstration (die am letzten Sonntag vor sich ging), richtete sich in erster Linie gegen die Gewerkschaften. Die Kommunisten samt den als Leser bürgerlicher Blätter bekannten Geistern spendeten lebhaften Beifall.

Die Gegenäußerungen eines unserer Genossen gingen in dem Lärm unter, den die Anhänger Moskaus stets machen, wenn sie einen Gegner anhören sollen. Die ganze Taktik der Zellenbauer läuft darauf hinaus, eine möglichst große Zahl der Gewerkschaftsmitglieder gegen die Gewerkschaften aufzubringen und sie zum Austritt aus dem Verband zu bewegen, oder aber sie dahin zu bringen, daß sie ausgeschlossen werden müssen und sich dann als Märtyrer aufspielen können.

Der Zeitpunkt für die Errichtung kommunistischer Gewerkschaften scheint noch nicht gekommen zu sein. Sagte doch der Kommunist Seckinger, als er in der Mitgliederversammlung den Verbandstagsbericht gab: „Kollegen, schmeißt vorläufig eure Bücher noch nicht in die Ecke!" Er hätte nur noch hinzusetzen sollen: „Wartet, bis die Münzstraße euch dazu auffordert." Das ist die Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten, und schließt man diese Schädlinge aus, dann schreien sie Zeter und Mordio. Es wird an der Geschlossenheit der überzeugten Gewerkschaftler liegen, den kommunistischen Helden die richtige Antwort zu geben.

Lohnregelung für den Braunkohlenbergbau.

Im Anschluß an die Schiedsverhandlungen für den Steinkohlenbergbau wurden im Reichsarbeitsministerium Schiedssprüche über die Lohnregelung für den Braunkohlenbergbau gefällt. Diese sehen eine Erhöhung der Schichtlöhne vor, die für den rheinischen Braunkohlenbezirk 100 Proz., für den Dürener 91 Proz., für die Kernreviere des mitteldeutschen 92 Proz. der für das Ruhrgebiet vorgesehenen Lohnerhöhung betragen. Für die Randreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbezirks ist eine Erhöhung um 90 Proz., für den bayerischen Braunkohlenbergbau um 93—94 Proz. der für die Kernreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus bewilligten Zulagen festgesetzt. Für den oberhessischen und den Westerwälder Braunkohlenbergbau beträgt die Lohnerhöhung 183 M. in der Spitze je Mann und Schicht. In diesen Lohnerhöhungen ist eine Erhöhung der sozialen Zulagen einbegriffen. Die Frist zur Erklärung über die Annahme der Schiedssprüche läuft am 9. Oktober ab.

Differenzen bei der Friedensvertragsabrechnungsstelle?

Wie uns mitgeteilt wird, hat sich der Angestelltenschaft der Friedensvertragsabrechnungsstelle eine große Beunruhigung bemächtigt, die dadurch hervorgerufen worden ist, daß zirka 100 Kündigungen wegen Arbeitseinschränkung verfügt und ausgesprochen worden sind, während gleichzeitig zirka 30 bis 40 Neueinstellungen zu verzeichnen sein sollen. Scheinbar sind bei den Kündigungen weder Betriebsrätegesetz noch die Verordnung vom 12. Februar 1920 beachtet worden.

Es werden außerdem Klagen über unsachgemäße Behandlung des Personals erhoben, die so ungeheuerlich sind, daß erst eine eingehende Prüfung erfolgen müßte, bevor darüber in der Oeffentlichkeit etwas gesagt werden kann. Wie wir hören, haben sich die Spitzenorganisationen der Angelegenheit angenommen und hoffen, in einer Aussprache im Reichsfinanzministerium eine gütliche Beilegung der Differenzen herbeiführen zu können.

Ueber das zukünftige Arbeitsrecht.

Ueber die Gestaltung des neuen Arbeitsrechts sprach am Montag abend Dr. Potthoff in einer Versammlung der Gewerbegerichts-, Kaufmannsgerichts-, Innungsschiedsgerichts- und Schlichtungsausschuß-Beisitzer, die von der Gewerkschaftskommission und dem Ortskartell des Afa-Bundes nach den „Arminhallen" einberufen war.

Der Vortragende zeichnete in großen Umrissen ein lehrreiches Bild von dem bisherigen und dem für die Zukunft zu erstrebenden Arbeitsrecht. Die Frage der Umgestaltung des bisherigen Arbeitsrechts sei für die gesamte Arbeiterschaft von gewaltiger Bedeutung. Das heutige Arbeitsverhältnis bedeute im Sinne des römischen Rechts ein Schuldverhältnis, bei dem der Austausch zweier vermögensrechtlicher Verhältnisse in Frage komme. Das unsere Rechtsprechung beherrschende römische Recht auch auf das neue Arbeitsrecht zu übertragen, müsse verhütet werden, denn dieses Recht sei ein Sklavenrecht, das den Arbeiter nicht als Person, sondern als Sache betrachte, die man mieten oder gegen eine Leistung haben könne.

Das neue Recht müsse sich im Gesetz als ein Organisationsverhältnis dokumentieren. Die Organisation des Großbetriebes dürfe nicht von Willkür, von Absolutismus diktiert sein, sondern sie müsse rechtliche Verhältnisse aufweisen. Sie müsse den Verhältnissen angepaßt sein, darauf bedacht sein, daß die Arbeit der Volksgenossen am zweckmäßigsten organisiert und fruchtbar gemacht werl Schon nach dem Betriebsrätegesetz sei die Belegschaft Träger d Demokratie im Betriebe. Die nach dem römischen Recht ausgebildeten Juristen sähen nur Einzelfälle. Das sei sinnlos geworden

Wer streikt, könne nicht anders, als seinen Arbeitsvertrag verletzen. Die Kämpfe müßten rechtlich geregelt, die Arbeitsbedingungen von der Gewerkschaft festgesetzt werden. Diese müsse auch befugt sein, sie zu lösen. Es handle sich bei der Schaffung des neuen Arbeitsrechtes darum, ob es ein Stück Vermögensrecht oder Menschenrecht werden solle: „Wir müssen ein Personenrecht, ein Menschenrecht für die neue Gesellschaftsordnung schaffen."

Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Wie Genosse Sabath mitteilte, hat der Vortragende sich bereit erklärt, in einer nächsten Versammlung das Thema ausführlicher zu behandeln.

Lohnbewegung der Spediteure.

In einer überfüllten Versammlung der Speditionsarbeiter, die am Mittwoch in Boekers Festsälen stattfand, wurde zunächst von Köbis über den Verlauf des Verbandstages der Transportarbeiter berichtet. An den Bericht schloß sich eine längere Aussprache, die zur Annahme von drei Resolutionen führte.

Die erste bedauert die Stellung des Verbandstages zur Frage der Arbeitsgemeinschaft und spricht sich für Einberufung eines Betriebsrätekongresses aus. — Die anderen beiden erheben gegen Verbandsvorstand und Ortsverwaltung den Vorwurf, übermäßige Ausgaben bei Abhaltung des Jubiläumsverbandstages gemacht zu haben und sprechen darüber eine Mißbilligung aus.

Hierauf gab Schönbeck einen kurzen Bericht über die letzte Generalversammlung des Verbandes.

Dann berichtete Püschel über das Ergebnis der Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern. Diese haben schließlich eine Erhöhung der bisherigen Lohnsätze um zirka 50 Proz. für die Zeit vom 30. September bis 27. Oktober zugestanden.

Bei der Abstimmung wurde das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt, dagegen ein Antrag angenommen, der für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober einen Wochenlohn von 4900 M. und vom 16. bis 31. Oktober von 5900 M. fordert. — Es soll nochmals mit den Arbeitgebern verhandelt werden.

Ueber eine Lohnerhöhung im Malergewerbe gaben wir am Mittwoch abend eine Notiz, die uns durch die TU. zugegangen war. Von der zuständigen Organisation wird uns nun mitgeteilt, daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, die Meldung der TU. also falsch ist.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Freitag 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Saal 1, allgemeine Funktionärversammlung. Es ist Pflicht eines jeden dienstfreien Kollegen pünktlich zu der Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Arbeitnehmer der Filmindustrie. Freitag, 6. Oktober, 6 Uhr, im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96: Große öffentliche Versammlung.

Zähne 60 u. 80 M. mit Friedenskautschuk
Schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen von 100 Mark an
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3

Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung!
Konkurrenzlos billige Preise!
Wunderbare, nur erstklassige
Anzüge / Schlüpfer
Winterpaletots
Gummimäntel / Hosen
weit unter Tagespreis!
Riesenauswahl!!
Hugo Simon
Spezialhaus für erstklass. Herrenkleidung
Charlottenburg
133 Wilmersdorfer Str. 133
an der Bismarckstrasse.
Weitester Weg lohnend!!

Abt. 42, Kreis 6.
Unser Genosse
Hermann Hauck
ist verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Einäscherg. Freitag nachm. 2 Uhr im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstr. 6/13
Die Abteilungsleitung.

Perser-Teppiche
Klaviere, Flügel
höchste Tagespr. zahlt
Telefon

Bettwäsche
zu Fabrikpreisen!
Dam.-Hemd. Handtüch. Tisch. Schürz.
Ausschneiden!
Eckebrecht,

Gardinen
Sonderangebote u. Gelegenh.-Käufe in Resten
Stores, Bettdecken
Madras- und Künstlergardinen.
Spezial-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Juwelen-
Einkaufs-
Gesellschaft
Hopenfeld & Co
Berlin * Antwerpen
Beuthstraße 12
(Spittelmarkt)

Gold-, Silber-
Platin-Bruch-Gegenstände,
Quecksilber
kauft zum höchsten Tageskurs
Heinrich Trapp
Beuthstr. 10, Spittelmarkt.

H. & P. Uder, SO16, Engelufer 11
Zigaretten, Kau-, Rauch- und Schnupftabake

Zähne von 60 M. an nur erstkl. Ausführ., Teilzahl. Spez. Zähne ohne Gaumenplatte
Hempel Linienstr 220, nahe Schönh. Tor. 9—7. Sonntag 10—12

Bettwäsche, Leibwäsche billigst
In den richtigen Längen und Breiten aus gutem Linon und Renforcé.
Ferner Wäschestoffe, Frottierwäsche, Handtücher billig, da eig. Fabrikation.
Lieferant groß. Anstalten u. Verbände.
Wäschefabrikation a. Winterfeldtpl.
Schöneberg
Goltzstr. 26 — Kolonnenstr. 62
1 Min. v. Bahnhof Schöneberg

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preisen einzig dastehende
Trauringe
1 Ring, Dukatengold, von 1350,— an
1 Ring, 585 gestempelt, von 1000,— an
1 Ring, 333 gestempelt, von 650,— an
Garantieschein für gesetzlichen Goldgehalt.
Ausführlicher Katalog nach auswärts geg. Rückporto.
ges. geschützt
H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
3 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. — 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zoo
Telephon: Norden 1030. — Telephon: Steinplatz 11803.
Handelsgerichtlich eingetragene Firma.
Telegr.-Adr.: Trauringkanone Berlin